



Linke Schaumschlägerei: teuer und rückwärtsgewandt

Hartmut Schauerte MdB, Vorsitzender MIT NRW, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand

Ende Mai hielt die neue Linkspartei ihren ersten Parteitag nach erfolgter Fusion von PDS und WASG in Cottbus ab. Es ist der Mühe wert, einmal nüchtern zu sezieren, was sich hinter der medial inszenierten Fassade dieses Sammelbeckens tatsächlich an politischen Vorstellungen verbirgt. Schließlich wähnt das Altherrentrio Bisky, Gysi und Lafontaine nach dem Einzug in drei westdeutsche Landtage eine Regierungsbeteiligung im Bund zum Greifen nahe und diktiert bereits öffentlich Bedingungen an ihren Wunschpartner SPD. Hierzu gehören nicht nur ein bunter Strauß unbezahlbarer, vermeintlicher Sozialwohltaten, sondern auch der Austritt aus der NATO oder die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

„Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ – diesen Namen traut sich die Linke nicht offen zu führen, aber genau das ist gemeint. Oscar Lafontaine bediente sich in Cottbus genüsslich aus dem Kommunistischen Manifest und zwar ausgerechnet der Stelle, die in der Revolution endet. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die Ikonen seiner Geschichtsklitterung. Gemeinsam mit Lothar Bisky verklärte der ehemalige SPD-Chef die DDR als Mekka sozialer Gleichheit und Sicherung. Die diktatorische Vergangenheit sowie die ruinöse Vernichtung von Wohlstand und Eigentum über vierzig Jahre hinweg übergangen beide stillschweigend in ihren Reden. Bezeichnend auch, dass der stärkste Zwischenapplaus nicht etwa zu inhaltlichen Forderungen erfolgte, sondern als man Gregor Gysi von einer Mitarbeit bei der Stasi freisprach. An diesen Kotsaus vor der kommunistischen Mehrheit wird deutlich, wie weit die Linke vom unverbrüchlichen demokratischen Konsens entfernt ist.

Stattdessen soll die „neoliberale Hegemonie“ bundesrepublikanischen Prägung ge-



brochen werden, in dem die anderen Parteien Punkt für Punkt dem Programm der Linken folgen. „Mehr Netto vom Brutto“ wird als Populismus verurteilt. Man fordert höhere Löhne und setzt auf massive Anhebung der Vermögens-, Erbschaft-, Einkommen-, Börsenumsatz- und Unternehmenssteuern. Ein gigantisches staatliches „Investitionsprogramm“ von jährlich 50 Milliarden Euro soll damit finanziert werden und nach den Wunschvorstellungen eine Million tarifliche sowie 500.000 öffentlich finanzierte Arbeitsplätze schaffen. Das Fordern und Fördern durch Hartz IV gilt den Neosozialisten als „Armut per Gesetz“. Nach der Mindestlohn- folgt eine populistische Rentenkampagne: 1.000 Euro Grundsicherung will man jedem „repressionsfrei“ zahlen. Die Rente mit 67 soll zurückgenommen, die Altersteilzeit weiterhin üppig auf Kosten der Beitragszahler subventioniert werden. Und eigenverantwortliche Privatvorsorge wie das Riestern heißt hier „Lizenz zum Gelddrucken für die Finanzwirtschaft.“

Damit legt die Linke ein Programm auf, das nicht nur zu massiven Umverteilungen führen, sondern auch Investitionen, Wirtschaftswachstum, aber auch Leistungs- und Chancengerechtigkeit im Keim ersticken würde. Konsequenterweise fordert sie auch „Rekommunalisierung und Vergesellschaftung“, also den Staat als Wirtschaftsunternehmer und die Verstaatlichung der Wirtschaft. Das „internationale Kapital“ steht im Zentrum von gebetsmühlenartig perpetuierten Verschwörungstheorien zur Globalisierung. Aufgabe der Politik sei es, die Macht weltumspannender Konzerne „zu begrenzen und gegebenenfalls zu brechen.“ Mit politischen Generalstreiks gelte es, die die „Macht der Kapitaleigner und ihre Einflüsse“ zu bremsen. Das Betriebsvermögen soll aus der unternehmerischen Verfügungsgewalt herausgenommen und 50 Prozent des Zuwachses an die Belegschaft verteilt werden.

Damit knüpft die Linkspartei nahtlos an die sozialistische Wirtschaftspolitik der DDR an. Den gesellschaftlichen Wohlstand lässt sie von anderen erarbeiten und verteilt nur noch die Früchte der Leistungen der Anderen um. Möglich wäre so etwas nur in einem totalitären System und einer völlig nivellierten Gesellschaft. Freies Unternehmertum hat in einem solchen Weltbild keinen Platz. Und an die Stelle des mündigen Bürgers tritt der bevormundende Kader-Staat. Nirgendwo wird dies deutlicher als im familienpolitischen Leitanspruch: Man geht von einer „öffentlichen Verantwortung“ für Kinder aus und spricht den Eltern das Recht auf Erziehung sowie die Wahlmöglichkeit zwischen Erwerbs- und Hausarbeit ab, was zu Ende

11. MIT Landesdelegiertentagung
mit Wirtschaftsschau
Stadthalle Mülheim a.d.R.,
6. September 2008

gedacht jegliche Freiheit von Lebensentwürfen ablehnt.

Statt zum ersten Parteitag der Linken hätte die Einberufung ehrlicherweise zum 23. Parteitag der SED erfolgen sollen. Hinter der öffentlichen Schaumschlägerei verbergen sich bei Lichte betrachtet maßgeschneiderte Entfaltungsmöglichkeiten für Marxismus- und DDR-Nostalgiker. Um deren Stimmen wirbt die Präsidentschaftskandidatin der SPD. Von ihnen distanziert sich Kurt Beck so auffällig kleinlaut. ■

MIT Hochsauerlandkreis

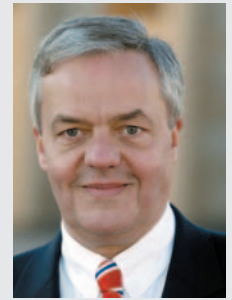
MIT will Industrieregion Sauerland stärken

Die Mitglieder der MIT Hochsauerland kamen zur diesjährigen Mitgliederversammlung im Kommunikationszentrum der Firma Honsel in Meschede zusammen. Vorsitzender Ulrich Klein konnte als Vertreter der Firma Honsel, Herrn Bernd Lepping begrüßen, der darauf hinwies, dass Honsel in diesem Jahr sein 100jähriges Firmenjubiläum feiert und seit rund 90 Jahren am Standort Meschede tätig ist. Als Gastredner des Abends erläuterte Dieter Henrici, Präsident der IHK Hellweg-Hochsauerland, in einem historischen Rückblick, die Entwicklung und Bedeutung der Industrieregion Sauerland. „Die schlechten Straßenverbindungen im 18. und 19. Jahrhundert waren der Grund für die späte Entwicklung des Sauerlandes“, so Henrici. „Daher ist es heute umso wichtiger, dass wir mit aller Kraft die Anbindung

Aus dem Landesverband

Dr. Christoph Konrad ist MIT-Spitzenkandidat für die Europawahl 2009

Der Europaabgeordnete und Stellvertretende Landesvorsitzende der MIT NRW, Dr. Christoph Konrad, ist offizieller Spitzenkandidat der MIT zur Europawahl im kommenden Jahr. Dies beschloss der Landesvorstand des CDU-Wirtschaftsflügels einstimmig und gab damit dem Bochumer Politiker deutlichen Rückenwind für seine Kandidatur. Der Parlamentarier, der in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung sowie für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik tätig ist, ist als Fürsprecher für Fragen des NRW-Mittelstandes und der NRW-Industrie in Europa bekannt. Mit seiner Nominierung setzt die MIT NRW ein klares Zeichen und würdigt seine politische Arbeit aber auch sein klares Bekenntnis zu den Positionen der MIT.



Der Vorstand der MIT Hochsauerland

der A 46 an die Autobahnkreuze in Hemer und Wünnenberg-Haaren umsetzen. Zudem müssen wir alles tun, um die jungen Menschen in unserer Region zu halten.“ Und noch eine Forderung des Kammerpräsidenten: „Wir müssen unsere Region mit

seinen großen Vorteilen offensiver vermarkten!“ Klein verwies auf die Aktivitäten der MIT in den letzten zwei Jahren, um die Versorgung des Sauerlandes mit den schnellen Datenautobahnen im Sauerland zu gewährleisten.

MIT Sankt Augustin

1. Girls' Day

„Die MIT möchte zum Sprachrohr der kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort werden“, so der Vorsitzende der MIT Sankt Augustin, Herbert Montexier. Mit dem Girls' Day wurde nun eine Veranstaltung organisiert, die sowohl für die ansässigen Unternehmen, als auch für die teilnehmenden Mädchen ein Novum darstellte. Durch zahlreiche Gespräche mit Unternehmern und Schulvertretern, konnten beide Seiten für das Projekt begeistert werden. „Trotz der Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung stand, haben wir das Projekt auf die Beine gestellt. Wir wünschen uns mehr Praktikumsplätze, Hinweise auf freie Ausbildungsstellen für das kommende Jahr sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit“ so Irmgard Schötteldreier, Berufswahlkoo-



dinatorin der Realschule Niederpleis. Eine Herausforderung, die die MIT Sankt Augustin gern annimmt. Die Schnittstelle zwischen Schulen und lokalen Betrieben soll gestärkt werden, mehr Schulen und mehr Unternehmen aus St. Augustin sollen an solchen Projekten teilnehmen. Montexier ist davon überzeugt: „Auch hier vor Ort, können wir etwas bewegen, Unternehmen und Schulen einander näher bringen, jungen Menschen, insbe-

sondere den Mädchen, Hoffnung geben, dass sie in Ihrer vertrauten Umgebung einen passenden Job oder Ausbildungsplatz finden.“ Beteiligt an dem Projekt waren u.a. die Motorrad & Quad GmbH Heß, sowie die Kfz-Werkstatt Pleistal, die aus Eigeninitiative vielleicht kein Mädchen in ihrer Werkstatt aufgenommen hätte, aber dank der tollen Vorbereitung und Betreuung durch die MIT habe ich keine Sekunde gezögert.“ so Rainer Kellersohn, Kfz-Meister.

Für die Schreinerei Steinhauer GmbH sind Mädchen im Betrieb kein Neuland mehr: „Wer einen Betrieb in der 6. Generation führt, hat kein Problem mit weiblichen Facharbeitskräften und das ist auch gut so“ erklärten die Brüder Steinhauer. Ingesamt war der Girls' Day sowohl für die Unternehmen, wie auch für die Mädchen ein gelungener Tag, der vielleicht sogar auf beiden Seiten neue Perspektiven eröffnen konnte.

Bei HOAI-Novelle an einem Strang ziehen

Die 6. Novelle der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sorgte in den vergangenen Monaten für einige Diskussionen im Kreise der Freiberufler und Ihrer Verbände. Nach der kritischen Debatte um den ersten Entwurf und einer Anhörung hierzu im Deutschen Bundestag, brachte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW die 50 wichtigsten Vertreter der Verbände in NRW, MIT-Funktionsträger sowie den MIT-Landesvorsitzenden und Parlamentarischen Staatssekretär Hartmut Schauerte im Rahmen eines „Fach-Kolloquiums“ im Landtag an einen Tisch. Das offene Gespräch trug sichtlich zur Entspannung zwischen Politik und Verbänden bei und brachte Bewegung in die Diskussion um einen neuen Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium.

Hartmut Schauerte machte deutlich, dass ihm vor allem an drei Dingen gelegen sei: Erstens eine zügige Novelle um den seit 13 Jahren bestehenden Anpassungsstau bei den Stundensätzen nicht weiter zu verzögern, zweitens die Europafestigkeit der neuen HOAI, die berechnete Argumente der EU in Sachen Verbraucherschutz und Sicherheit aufgreift, und drittens der Konsens mit den Verbänden, zu einem ausgewogenen Ergebnis zu kommen. Dieser Konsens war in dem wohl wichtigsten Punkt bereits zu Beginn erkennbar. Politik wie auch Verbände sehen dringenden Veränderungsbedarf, der auch eine Verschlankung der HOAI beinhaltet.

Hartmut Miksch, Präsident der Architektenkammer NRW: „Die HOAI sichert einen Leistungswettbewerb auf einem vernünftigen Niveau und verhindert damit ruinösen Wettbewerb in der Branche, der am Ende auf den Rücken der Verbraucher ausgetragen würde.“ Insofern gibt es übereinstimmend zwischen MIT und den Fachverbänden selbstverständlich eine Verbindung zwischen Preisgestaltung, Verbraucherschutz und Objektqualität, die sich in der hohen deutschen Bau-sicherheit widerspiegelt. „Sicherheit und Verbraucherschutzargumente sind die besten Sachargumente gegenüber der EU“, so Schauerte.

Ein ganz wichtiger Aspekt für den Staatssekretär war auch die von den Stadtplanern vorgetragene Sorge um die Transparenz und

Rechtssicherheit bei öffentlichen Planungsverfahren sowie die Verhinderung von Korruption. Marion Ziemann von der Vereinigung für Regional- und Landesplanung NRW: „Die Öffentliche Hand ist an einer funktionsfähigen HOAI sehr interessiert. Mehr Preiswettbewerb würde die Planungsverfahren unsicherer machen und die Anzahl der Klagen in die Höhe schnellen lassen und dazu führen dass ein Großteil der Bauvorhaben beim Rechnungsprüfungsamt entschieden werden müssten statt bei der Stadtplanung. Auch dies ist Verbraucherschutzrelevant und im Interesse des Steuerzahlers. Für die Standortentwicklung und die Wirtschaftsförderung ist dies ein wichtiges Gut.“

Deutlich wurde in der vom wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Lutz Lienenkämper MdL, moderierten Debatte aber auch, dass natürlich auch Elemente des Preiswettbewerbs sinnvoll sind. So war

HOAI tätigen Ingenieuren und Architekten, da deren Versicherung dem Bauherrn eine Sicherheit vor Schaden bietet.

Schauerte zeigte sich gegenüber den Fachverbänden Gesprächsbereit in allen Fragen, vom Wegfall der Abschlagszahlung, über die Möglichkeiten und Probleme einer reinen Inländer-HOAI bis hin zur heiß diskutierten und von allen Seiten als sehr abstrakten, künstlichen bis fast willkürlichen Unterscheidung zwischen Beratungs- und Planungsleistungen. Letzteres verunsicherte vor allem die Ingenieure, vertreten durch den Vizepräsidenten der Ingenieurkammer Bau NRW, Dr. Heinrich Bökamp, der aufforderte, hier Klarheit zu schaffen und zu akzeptieren, dass zum Beispiel auch eine Vermessungstechnik und deren planerische Umsetzung zum Planungsvorgang gehört und keine angehängte Beratung darstellt. Schauerte zeigte sich aber ebenso verbindlich im Ziel, eine HOAI zu



Diskussionen in konstruktiver Atmosphäre, von links: Lutz Lienenkämper MdL, Hartmut Schauerte MdB und Hartmut Miksch

man sich über Bonus- und Malus-Zahlungen innerhalb eines Korridors und außerhalb der HOAI und über die grundsätzliche Senkung der Tabellenendwerte einig.

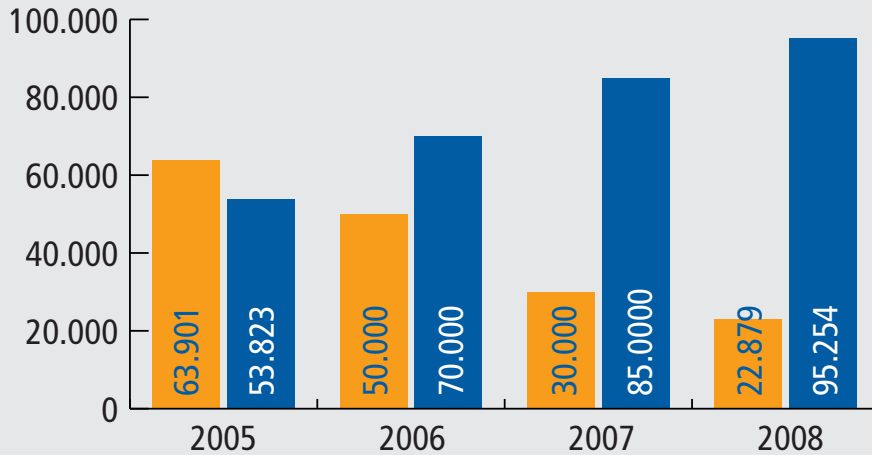
Einen weiteren Schutzaspekt für Bauherren stellt nach Ansicht der Verbände die Frage der verbindlichen Haftpflichtversicherung dar. Miksch: „Bei Klagen hat der Bauherr die freie Auswahl, den Architekten oder das Bauunternehmen in Haftung zu nehmen.“ Diese Klagen landeten oft unabhängig von tatsächlichem Verschulden fast immer bei den innerhalb der

schaffen, die den Bestrebungen zu mehr Verbraucherschutz und Sicherheit entspricht. Hierzu hat er in seinem Ministerium angewiesen, bis Ende Juli einen neuen Entwurf vorzulegen, der diese Anliegen mit den sachlichen Argumenten der Verbände zusammenbringt. Lutz Lienenkämper freute sich über das konstruktive Kolloquium: „Ich freue mich, dass wir als MIT NRW zu einer sachlichen Diskussion und dem Austausch auch mancher neuer Argumente beitragen konnten. Das ist die Aufgabe unserer Vereinigung und der wollen wir gerecht werden.“

Daten/ Fakten

Ingenieure: Mangel wird größer

[orange =] arbeitslos gemeldete Ingenieure [blau =] offene Ingenieurstellen



Quelle: IW-Zukunftspanel, Bundesagentur für Arbeit

MIT Langenfeld

Pfingstspaziergang und Pfingsteier-Singen

So hatten sich die Mitglieder der Langenfelder MIT ihren traditionellen Pfingstspaziergang schon lange gewünscht: Strahlender Sonnenschein und – wie immer – ein abwechslungsreiches Programm. Erst ging es zu Fuß durch die Wiegscheider Wälder mit einem ersten Höhepunkt in der Künstlergalerie Wiegescheid. Franz Leinfelder, Langenfelder Maler und Bildhauer begrüßte gemeinsam mit seiner Kollegin Elke Tenderich die Gäste und stellte ihnen die aktuelle Ausstellung von Bildern des Künstlers Rolf Jahn vor. Nach einem weiteren Fußmarsch wurde dann das Ziel, der Bauernhof der Familie Aschenbroich, erreicht. Bauer und MIT-Mitglied Josef Aschenbroich erläuterte die harte Realität bäuerlichen Lebens in Zeiten von Globalisierung und EU-Rege-

lungswut. Da bleibt für Romantik wenig Platz, dafür gibt es haufenweise harte Arbeit ohne Arbeitszeitbeschränkung. Und immer findet sich irgendein Bürokrat, der sich neue Plagen ausdenkt um seine ökologisch motivierte Selbstverwirklichung zu befriedigen. Bei der Besichtigung der Ställe prallten dann wieder Klischee und Realität aufeinander. Die Bedingungen einer Eierproduktion im großen Maßstab sind schon ganz besondere. Aschenbroich konnte jedoch anschaulich die Vorteile der oft verteuerten Käfighaltung gegenüber der Bodenhaltung verdeutlichen. Da schmeckten auch anschließend die Eier in Nationalfarben zum von Manfred Stuckmann und dem MIT-Vorsitzenden Hans-Dieter Clauser MdL dirigierten Pfingsteier-Singen.



MIT Niederrhein

Pofalla zu Gast bei Mittelstand und EAK

Ronald Pofalla überzeugte im Autohaus Nühlen in Moers rund 220 Zuhörer. Auf Einladung der Bezirks-MIT Niederrhein unter Vorsitz von Michael Darda, sowie des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Kreisverband Kleve unter Vorsitz von Silke Gorißen bezog der Generalsekretär der Christdemokraten ausführlich Stellung zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Ein Hauptproblem der großen Koalition sei, dass die Früchte der Arbeit in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen werden, wie sie sich darstellen.

In den letzten Jahren sei es zu einer Zunahme der Vollbeschäftigung um rd. 1,6 Mio. Menschen gekommen. Pofalla erinnerte daran, dass in den ersten fünf Jahren dieses Jahrhunderts unter Rot-Grün täglich noch 1.000 Menschen ihre Arbeit verloren haben.



Von rechts: Michael Darda, Silke Gorißen und Ronald Pofalla

Von den 1,6 Mio. neuen Erwerbstätigen seien rd. 800.000 ohne Hauptschulabschluss bzw. ohne Berufsausbildung. Die Schaffung dieser Arbeitsplätze wäre ohne die Hartz-Reform nicht möglich gewesen. Nicht Mindestlohn sei das Schlagwort, sondern mit dem Mindesteinkommen müsse man sich beschäftigen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns würde gerade diese Menschen wieder aus der Arbeit herausdrängen. Die Unternehmer könnten sie nicht beschäftigen, weil das Verhältnis zwischen Arbeitskosten und Produktivität nicht stimmig wäre. Pofalla sprach sich deutlich für Steuersenkungen aus, wobei die Zielgruppe die Leistungsträger unter den Bürgern sein müsse. Pofalla warnte aber davor, schon jetzt über Steuerreduzierungen nachzudenken. Seriös kann nur sein, den Bürgern heute die Perspektive für das Jahr 2011 zu geben, wenn die Einnahmen das zulassen und der Haushalt ausgeglichen ist.



MIT Düren

Vom Erfolgsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ bis zum Gourmet-Festival

Eine regelrechten Veranstaltungsmarathon veranstaltete in diesem Frühjahr die MIT im Kreisverband Düren. Gleich drei interessante, teilweise außergewöhnliche Termine hatten die MIT und deren Vorsitzender Rolf Delhougne anzubieten.

„Zwischen Zukunftsinitiative Eifel, Städte Region Aachen und der Regionale 2010 – Chancen und Risiken für die Entwicklung des Kreises Düren“ lautete das Thema einer gemeinsamen Veranstaltung der CDU Kreisfraktion und der MIT des Kreises Düren. Referent des Abends war Ulrich Schirowski, Leiter Regionalentwicklung & Clusterentwicklung der regionalen Wirtschaftsförderungsagentur AGIT GmbH Aachen. Ein Fazit der Diskussion mit den Kommunalpolitikern und den Fachleuten: Die MIT wünscht sich eine frühzeitige Einbindung der Unternehmen und von Fachleuten in den Entwicklungsprozess, um so Anregungen, Änderungen oder Ergänzungen im laufenden Leitbildprozess einzubringen.

Viel genussvoller ging es dann bei 1. Dürener Gourmet-Festival zu. „Genuss liegt im Trend!“ so der MIT-Vorsitzende Rolf Delhougne. Kochen vor Publikum ist derzeit der Renner. Grund für die MIT Düren im Autohaus Schäfer zwei Tage lang, jeweils von 11 bis 20 Uhr, das Festival zu veranstalten. „Mit Spitzengastronomie aus der Region“, wie Delhougne versichert. Das gilt für die

teilnehmenden Gastronomen, nicht aber für deren Küche. Denn die ist international. Die kulinarischen Spezialitäten werden garniert mit einem Rahmenprogramm für Jung und Alt. Schirmherr der Veranstaltung war Landrat Wolfgang Spelthahn, der „mit diesem intensiven Wochenende“ beweisen will, dass der ehemalige Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes, der einst den Dürener Raum als „lukullische Wüste“ bezeichnete, geirrt hat.

Und dann traf man sich noch in einer Werkshalle. Bei der Peill & Putzler GmbH sprach der Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper MdEP zum Thema „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft – Erfolgsmodell für Deutschland und Europa“. Unter anderem nahm daran der Botschafter des Kongo Pierre Yvan Malamba teil und wurde durch den Hausherrn und Kreishandwerksmeister Gerd Pelzer und den MIT-Vorsitzenden Rolf Delhougne, herzlich begrüßt. Pieper beleuchtete die Soziale Marktwirtschaft auch aus der europäischen Perspektive. Die EU sei Garant des freien Wettbewerbs, konstatierte er. Nach einer Pause las Theaterdirektor Michael Oenicke aus einem Tucholsky-Text mit dem passenden Titel „Die Konferenz“. Bei der anschließenden Diskussionsrunde, an der der IHK-Geschäftsführer Jürgen Drexler, Handwerkskammer-Präsident Dieter Philipp und Landrat Wolfgang Spelthahn



Dr. Markus Pieper MdEP: „Europa öffnet dem Mittelstand neue Märkte, denn die Abschottung des eigenen Marktes ist keine Lösung.“

teilnahmen, wurden die vorherigen Beiträge angeregt reflektiert. Hauptkritikpunkt war die Vielzahl politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, die es mittelständischen Unternehmen erschweren, in einem freien Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Konkret wurden „mehr netto vom brutto“, Entbürokratisierung und Steuererleichterungen gefordert.

MIT Mönchengladbach

Konsequenter Schuldenstopp

NRW-Finanzminister Dr. Helmut Linssen hat einen konsequenten Abbau der Neuverschuldung und eine Schuldenbremse gefordert. Linssen sprach beim proMG-Mittagsforum auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Günter Krings und des Vorsitzenden der MIT, Dieter Breymann. Alleine 4,8 Mrd. Euro Zinsen müsse das Land NRW jährlich für seine Schulden zahlen. Dieser Betrag werde weiter steigen – vor allem angesichts zukünftiger Pensionszahlungen, für die die SPD-geführten Vorgängerregierungen kaum Rückstellungen gebildet hätten. „Deshalb ist es das klare Ziel der Landesregierung, die Neuverschuldung konsequent Richtung Null zu bringen, um so wieder Handlungsspielräume zu gewinnen.“ Krings warnte vor einer Mentalität, die Sparen angesichts der hohen Schuldenberge für sinnlos halte. Die Schulden von heute sei-

en schließlich die Steuern von Morgen. Linssen und Krings sind Mitglieder der Föderalismuskommission II, die sich um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kümmert: „Keine strukturellen Neuschulden und ein konsequenter Abbau der Neuverschuldung sind dabei unser oberstes

Ziel“, so Krings und der Minister. Breymann betonte, dass dies auch im Sinne der Kommunen sei: „Viele Städte haben angesichts der hohen Schuldenberge kaum noch Handlungsspielraum. Es ist daher richtig, dass die Föderalismuskommission dieses Zukunftsthema anpackt.“



Dr. Günter Krings MdB (2. v. links) und Finanzminister Dr. Helmut Linssen (2. v. rechts)

Die Personen und Vorstände Seite

MIT Bielefeld

Als MIT- Kreisvorsitzender wurde Norbert Knauer zum vierten Mal wieder gewählt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Frank Seliger und Wolfgang Schnelle wurden wieder gewählt. Neu im geschäftsführenden Vorstand ist Michael Preuß. Des Weiteren sind Monika Kammeier, Anke Norda, Marlene Mühlenweg, Matthias Stromberg, Wilhelm Heidbrede, Heinrich P. Meyer und Axel Strunkmann-Meister als Beisitzer im Vorstand.



MIT Hochsauerlandkreis

Bei Neuwahlen des Vorstandes wurden der Vorsitzende Ulrich Klein, sein Stellvertreter Wolfgang Mattern und Pressesprecher Hermann-J. Hoffe einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer wurden Josef Baust, Eckard Blome-Frekes, Dr. Hans-Heiner Decker, Dr. Peter Fascher, Stefan Schenuit und Hubert Winterberg gewählt.

juMIT Krefeld

Der juMIT in Krefeld hat einen neuen Vorstand gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Ratsherr Andreas Drabben, wurde von dem Rechtsanwalt Nils Wierczimok abgelöst. Zu seinen Stellvertretern wurden die Unternehmer Thomas Weyers und Verena Geilenberg gewählt. Alter und neuer Geschäftsführer wurde der Dipl.-Jurist Gregor Grosche.



Die juMIT Krefeld mit dem MIT-Landesvorstandsmitglied Peter Kaiser MdL (rechts)

juMIT Düsseldorf

Bei der MIT Düsseldorf hat sich ein neuer Arbeitskreis juMIT gegründet. Sprecher des Arbeitskreises ist André Simon, stellvertretende Sprecher sind Patrick Jung und Christian Rütz.

MIT Rees

Die MIT ist nun auch im Stadtverband Rees vor Ort. Vorsitzender des neuen MIT-Stadtverbandes ist Markus Maas, Stellvertreterin Irmgard Bollwerk. Zu Beisitzern wurden Werner Maas und Dirk Bollwerk.

MIT „Kleverland“

Durch die MIT-Mitglieder im Kreis Kleve, sowie der Städte Bedburg-Hau und Kranenburg wurde beschlossen, einen neuen Verband mit dem Namen „Kleverland“ zu gründen. Vorsitzender ist Andreas Strähnz, als Stellvertreter engagieren sich Udo Kersjes und Alwin Pülichhuisen. Als Pressesprecher fungiert Peter Willemsen, Beisitzer sind Jörg Bingel, Edgar Claassen, Günter Heenen, Oliver Luerweg und Frank Smola.



(von links) der bisherige Klever Vorsitzende Helmut Tönnissen, der neue Vorsitzende Kleverland Andreas Strähnz

MIT Kamp-Lintfort

Siegfried Schrempf ist neuer Vorsitzender der MIT Kamp-Lintfort. Damit tritt der Vizepräsident der Arbeitgeberseite der Handwerkskammer Düsseldorf die Nachfolge von Michael Otte an. Unterstützt wird Schrempf in der Vorstandsarbeit durch seinen Stellvertreter Achim Schützendorf, Schatzmeister Jochen Wegewitz und Schriftführer Rainer Willing. Als Beisitzer komplettieren Anna-Maria Hüls, Stefan Kerstens, Tomas Lipperheide und Hans-Werner Schumacher den neuen Vorstand.

MIT Sankt Augustin

Aufgrund der vielen Neueintritte bei der MIT St. Augustin, wurde der Vorstand bei der letzten Mitgliederversammlung erweitert. Einstimmig wurden in ihren neuen Ämter gewählt: Ute Pütz als Schatzmeisterin und Caroline Montexier als Geschäftsführerin, die den geschäftsführenden Vorstand mit den Vorsitzenden Herbert Montexier und den Stellvertretenden Vorsitzenden Ingo Hellwig vervollständigen. Desweiteren wurde der Vorstand der MIT Sankt Augustin um 5 weitere Beisitzer vergrößert: Michael Dalmus, Martina Mölders, Jürgen Kösler, Frank Heinz und Matthias Günther, die den neuen Vorstand in ihrer Arbeit unterstützen wollen.



(von links) Jürgen Kösler, Ingo Hellwig, Martina Mölders, Herbert Montexier, Caroline Montexier, Frank Heinz, Ute Pütz, Michael Dalmus

MIT „Linksrheinisch“

Als Nachfolgerin von Werner Ifland ist Ilka von Boeselager MdL Vorsitzende des linksrheinischen Verbandes der MIT im Kreis Rhein-Sieg. Der Regionalverband umfasst die Orte Bornheim, Alfiter, Swisttal, Rheinbach, Meckenheim und Wachtberg. Zu ihren Stellvertretern wurden Norbert Nettekoven aus Bornheim, Werner Ifland aus Rheinbach und Susanne Fuhrmann aus Alfiter gewählt. Alter und neuer Geschäftsführer ist Ludwig Radermacher.



Ilka von Boeselager MdL

MIT Bezirk Bergisches Land

Notker Wolf ist der „Bergische Löwe“ 2008

Im Rahmen seines alljährlichen Pfingstempfangs verlieh der Bezirksverband Bergisches Land der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in Düsseldorf erneut den „Bergischen Löwen“. In diesem Jahre ging die Auszeichnung an Dr. Notker Wolf OSB, Abtprimas des Ordens der Benediktiner, dem weltweiten Sprecher und obersten Repräsentanten eines der ältesten Orden der Christenheit. Der Öffentlichkeit ist er durch sein Eintreten sowohl für mehr Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen als auch für ein verantwortungsbewusstes Manage-

ment – den Kernpunkten sozialer Marktwirtschaft – bekannt. Darüber hinaus kennt man ihn in Deutschland durch seine immer noch gepflegte Liebe zur Rockmusik, die in seinen gelegentlichen Konzerten mit der Band „Feedback“ deutlich wird. Notker Wolf ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Großen Bundesverdienstkreuzes erster Klasse am Bande. Sein Vortrag und seine Aussagen zum aktuellen Zeitgeschehen fanden großen Anklang beim Publikum. Die Laudatio wurde vom Vorjahrespreisträger, Professor Dr. phil. Dr. theol. habil. Wolfgang Ockenfels OP, Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften an der Theologischen Fakultät Trier und Angehöriger des Ordens der Dominikaner gehalten. Das Rahmenprogramm wurde durch die Rockband „The Strangers“ gestaltet. Auch an die Betreuung der kleinsten Besucher war gedacht und der Erfolg konnte sich sehen lassen, denn noch nie war die Teilnehmerzahl eines Pfingstempfangs so hoch wie in diesem Jahre.



Bei anderen gelesen...

„Eine Volkspartei implodiert“ lautete die Überschrift eines Beitrages von Prof. Franz Walter, der auch Gast der MIT-Klausurtagung in diesem Frühjahr war, im Spiegel. Hier drei prägnante Auszüge aus dem Beitrag:

„So mutiert die Sozialdemokratie zum Parteytypus der in ihren Reihen über viele Jahrzehnte verachteten bürgerlichen Honoratiorenpartei.“

„Der SPD rutscht mithin der organisatorische Unterbau weg, der die Partei auch in schwierigsten Zeiten ihrer Geschichte, auch bei schlimmen Niederlagen auf der nationalen Ebene gestützt hatte.“

„Und deutlich wurde ebenfalls, dass geeigneter Führungsnachwuchs in einer Partekultur der lavierenden Mitte, der Ermattung und Ermüdung, einfach nicht heranreifen mag.“

Quelle: Spiegel, 04.06. 2008

Und dieser Zustand kommt auch bei den Bürgern an. Passend dazu diese Meldung:

„SPD-Kandidat auf Rügen erhält unter fünf Prozent. Die SPD hat aus der Ostsee-Insel Rügen eines ihrer bundesweit schlechtesten Ergebnisse bei einer Direktwahl eines Landrats hinnehmen müssen. Der SPD-Kandidat Thomas Gelshorn erreichte bei der Wahl am Sonntag nur 4,4 Prozent der Stimmen. Der SPD-Vorsitzende... machte dafür vorrangig Probleme der Partei auf Bundes- und Landesebene verantwortlich. Die SPD sei derzeit für viele Leute nicht wählbar, sagte er unter Hinweis auf die anhaltenden Kontroversen im SPD-Bundesvorstand und mangelndes Profil der SPD Mecklenburg-Vorpommern.“

Quelle: Handelsblatt, 24.6.2008

MIT Bielefeld

Die 10 Gebote der Wirtschaft – Unternehmensethik konkret

„Die 10 Gebote der Wirtschaft – Unternehmensethik konkret“ so lautete der Vortrag von Marie-Luise Dött MdB bei einer Veranstaltung der MIT Bielefeld. In einer Zeit, die von einer Vielzahl von Fehlentwicklungen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft, aber auch im politischen Raum geprägt ist, konnten die Teilnehmer über die Grundwerte unserer Gesellschaft, vor allem auch im Bereich der Wirtschaft diskutieren und dabei über Maßstäbe, Inhalte und deren Praxis nachdenken. Marie-Luise Dött, die auch Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) ist, brachte die Botschaft anschaulich rüber und definierte die Zehn Gebote als Ausgangspunkte, von auch die Unternehmensethik abgeleitet werden könne.



Von Links: Anne Meuer-Willuweit, MIT-Kreisvorsitzender Norbert Knauer und Marie-Luise Dött MdB

Neues aus dem PKM im Bundestag:

Forderungssicherungsgesetz endlich verabschiedet

Nach jahrelangem Streit hat der Deutsche Bundestag Ende Juni mit den Stimmen der Koalition den Weg für das Forderungssicherungsgesetz (FoSiG) endlich frei gemacht. Das Maßnahmenpaket nimmt die von der Fachwelt seit langem angemahnten Korrekturen an dem im Jahr 2000 unter Rot-Grün verabschiedeten Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen vor, das den erhofften Erfolg in der Praxis schuldig blieb. Unter anderem mit der Erleichterung von Abschlagszahlungen, einer Erweiterung der Bauhandwerkersicherung und der Modernisierung des Gesetzes über die Sicherung von Bauforderungen werden nun effektivere Neuregelungen geschaffen, um Handwerker künftig noch besser vor Forderungsausfällen abzusichern. Der Verhandlungs-

führerin der Union und Stellvertretenden PKM-Vorsitzenden Andrea Voßhoff, MdB, gelang es, die längst überfälligen Änderungen im Werkvertragsrecht gegen anhaltenden Widerstand des Koalitionspartners doch noch in vielen Bereichen durchzusetzen. Aus Sicht des Parlamentskreises Mittelstand kann das FoSiG allerdings nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem eigenen Bauvertragsgesetz sein. Denn die eigentlichen Probleme zwischen General- und Subunternehmer lassen sich wegen der Vielfalt der Anwendungsmöglichkeiten allein im Werkvertragsrecht letztlich nicht zufriedenstellend lösen. Ein ausführliches Info-Papier zum neuen FoSiG kann im Berliner PKM-Büro (pkm@cducsu.de) angefordert werden.

Nachhilfe in Deutsch



Wolfgang Leyendecker, Stellvertretender Landesvorsitzender der MIT NRW

Dass es um die Verwendung der deutschen Sprache als offizielle Arbeitssprache in der Europäischen Gemeinschaft nicht gut gestellt ist, weiß jeder, der sich mit europäischen Fragen

beschäftigt. Dass allerdings erst die Osterweiterung der Europäischen Union zu einer Initiative führt, die stiefmütterliche Behandlung der deutschen Sprache auf der europäischen Ebene zu beenden, muss doch sehr zum Denken Anlass geben.

So sind es drei wackere Rumänen – die Kreisratspräsidenten Constantin Ostaficiuc, Martin Bottesch und der Parlamentarier Ovidiu Gant –, die sich nicht nur um die deutsche Minderheit in ihrem Land sorgen, sondern auch

um den Erhalt der deutschen Sprache. Den drei aufrechten Rumänen sind zwischenzeitlich acht österreichische Bundesländer, der Landeshauptmann der Provinz Südtirol und der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, unterstützend zur Hilfe gekommen und dazu noch rund 50 Europaparlamentarier, allerdings keine hier bekannten. Eigentlich müsste man glauben, dass sämtliche deutschen Bundesländer mit fliegenden Fahnen der wackeren Truppe zur Seite stehen, aber weit gefehlt! Lediglich Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt unterstützen die Initiative und haben eine Petition, die dem EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit, Leonard Orban (auch Rumäne!) übergeben, in der sie fordern, dem Deutschen in Europa die Geltung zu verschaffen, die es als offizielle Arbeitssprache verdient: Nämlich alle Brüsseler Dokumente künftig auch auf Deutsch zu erstellen. Schließlich ist für nahezu 100 Millionen Menschen in der

EU Deutsch die Muttersprache, mehr als jede andere Sprache in Europa. Es kann nicht sein, dass mangels Vorlage von Dokumenten auf Deutsch Mittelständler sich von Ausschreibungen ausgeschlossen fühlen und Gesetzesvorlagen auf Deutsch nicht auffindbar sind. Wer allerdings nunmehr geglaubt hat, die übrigen Bundesländer einschließlich NRW würden aufwachen und endlich tätig werden, hat sich wiederum geirrt. Die Petition für die deutsche Sprache hat das Land Baden-Württemberg nicht unterstützt, wohl weil man dort angeblich alles kann außer Hochdeutsch, und das Land Nordrhein-Westfalen scheint auch wenig Lust dazu zu haben, den Zugang für Mittelständler in Europa zu erleichtern. Hoffen wir also, dass die Petition der Rumänen, Österreicher, Südtiroler und Belgier die in Brüssel bekannte Unfähigkeit der Deutschen, mit einer Stimme zu sprechen, nämlich die „German Disease“ zu überwinden, nicht zuletzt im Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Mittelstandes.

MIT Kreis Lippe

„Wird der Mittelstand in Lippe ernst genommen?“

Michael Zöllner freute sich als Kreisvorsitzender der MIT Lippe über das große Interesse seiner Mitglieder am Besuch des Landrates Friedel Heuwinkel. „Anders als früher ist ein Landrat nicht nur politischer Repräsentant, heute ist er Verwaltungschef und trägt Verantwortung in Dutzenden von Institutionen und öffentlichen Gesellschaften“ erklärte in seiner Begrüßung der Stellvertretende NRW-Landesvorsitzende der MIT, Dr. Harald Pohlmann. Seinen Einfluss zur Förderung des Mittelstandes in Lippe zu nutzen, sei zentrales Ziel seiner Arbeit, mein-

te Heuwinkel: „Der Technologietransfer der Fachhochschule des Mittelstandes fördert die Innovationskraft Lippes. Ein enger Dialog von Kreisverwaltung mit den Arbeitgebern der Region dient dem Mittelstand. Dieser ist die tragende Säule der heimischen Wirtschaft und soll auch dadurch gestärkt werden, dass bisher vom öffentlichen Dienst erledigte Aufgaben zukünftig durch Privatfirmen durchgeführt werden.



Von Links: Andreas Krieter, Dr. Harald Pohlmann, Friedel Heuwinkel, Michael Zöllner

Dies spart Kosten und stärkt die heimische Wirtschaft. Daher bin ich auch stolz auf den NRW-Innovationspreis, der uns jetzt verliehen wurde“, so Heuwinkel.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf